Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorschriften und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 273. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck Dresden 2640 Dienstag, den 23. November 1926

Britische Anpassung.

Zu den jüngsten Beschlüssen der in London stattgefundenen Britischen Reichskonferenz, in denen manche schon die sich ankündigende Auflösung des Britischen Weltreiches, mindestens aber eine erhebliche Schwächung der Londoner Zentralgewalt sehen wollen, wird uns von sachkundiger Seite geschrieben:

„Nach außen hin mag es so scheinen, als führten die veröffentlichten Beschlüsse der beendeten Britischen Reichskonferenz zu einer weiteren Lockerung des Bandes, das das Mutterland und die Dominions, die bisher schon halb selbständigen Einzelländer über See, miteinander verknüpft. Die Verpflichtung, die England für eines oder mehrere Dominions übernimmt, soll nur dann Rechtsgültigkeit haben, wenn von dorther Zustimmung erfolgt oder eine gemeinsame Zustimmung sämtlicher großen Kolonien erfolgt.

Man gibt im Englischen Weltreich wenig auf Formeln, verleiht lässig Rechte, behandelt die Dominions als fast selbständige Staaten, weil man in London genau weiß, daß „Blut dicker ist als Wasser". Daß die Anglisierung in Kanada und in Südafrika ebenso restlos durchgeführt ist wie in dem von vornherein englischen Australien, daran änderten die Hunderttausende der zugewanderten Ausländer, der einheimischen Anderstämmigen nicht das geringste; der Kanadier mit seiner starken französischen Blutbeimischung schlug sich für das Mutterland ebenso wacker wie die erst 13 Jahre zuvor annektierten Buren. Dieses Band ist viel fester, diese Zusammenhänge weit tiefer verankert als äußere Fesseln und Bänder, die in kritischen Augenblicken doch nur brechen. Das Wesentliche bleibt auch nach außen hin dadurch betont, daß die Reichskonferenz Wert legt auf die Herstellung engerer Beziehungen zwischen der Londoner Regierung und denen der Dominions. Und diese Beziehungen sind persönlicher Art, nicht in Formen feierlicher Verträge gebunden. Ausdrücklich wird daher auch erklärt, daß die Fortführung der äußeren Politik fürs erste immer noch London vorbehalten bleiben soll. Schwierigkeiten besonderer Art, die hierbei bestanden, sind verschwunden; Australien ist sehr damit einverstanden, daß sich das Verhältnis Englands zu Japan beträchtlich abgekühlt hat, und die kanadischen Liebenswürdigkeiten den Vereinigten Staaten gegenüber sind einem verschärften wirtschaftlichen Wettbewerb gewichen. Die eigentlichen Fragen der englischen Außenpolitik liegen zurzeit in Europa und um das Mittelmeer herum, außerdem im Fernen Osten — also interessieren sie die großen Dominions nicht; denn auch das jüngste von ihnen, nämlich das jetzt so friedfertig gewordene und zufriedene Irland, beschäftigt sich lediglich mit inneren Fragen; überläßt alles andere vertrauensvoll der Londoner Regierung. Und diese hat nichts dagegen einzuwenden, daß Kanada nach Washington einen Gesandten schickt, daß sich Südafrika eine eigene Flagge zulegt — man ist eben großzügig in London, weil man auch weiß, daß man sich auf diese fast ganz selbständigen Dominions nicht bloß im kriegerischen Ernstfall, sondern auch im wirtschaftlichen Krieg verlassen kann. Der Wirtschaftsverkehr zwischen dem Mutterland und den Kolonien erfährt ja weitgehende Bevorzugungen im Zoll- und Frachttarifwesen, freilich nur, solange man nicht gegeneinander konkurriert. Daß ein derartig heftiger Kampf möglich ist, wie er seit Jahren zwischen der indischen und der englischen Textilindustrie tobt, beweist gerade, daß diese wirtschaftlichen Gegensätze ausgekämpft werden können, ohne das Gefüge des Reiches zu lockern.

Will man das Wesentliche dieser neuen Entwicklung mit einem besonderen Wort bezeichnen, so kann man sagen: das englische Weltreich modernisiert sich. Die politischen und wirtschaftlichen Spannungen rings um den Erdball sind andere geworden, verwickeltere vor allem. Da hat es sich eben als notwendig herausgestellt, daß auch die Mittel, diese Spannung zu bewältigen, dezentralisiert werden. Hat man doch in London die Gewißheit, daß auch jenseits der Meere gesamtenglische Politik gemacht wird."

Schwere Unwetter über ganz Europa.

Seit Sonnabend wütete über ganz Mitteleuropa und namentlich auch an der Nordsee- und Kanalküste ein schwerer Sturm, der vielfach von Regen abgelöst wurde. An vielen Stellen ist außerordentlich großer Sachschaden angerichtet worden, während die Verluste an Menschenleben erfreulicherweise verhältnismäßig gering sind.

In Bayern.

Aus verschiedenen Gegenden des bayerischen Hochlandes laufen Nachrichten über schwere Sturmschäden ein. Am Königssee wütete ein heftiger Wirbelsturm, der vielerlei Schaden an den Häusern anrichtete, manche Dächer ganz abdeckte und Bäume entwurzelte. Die Straße nach Berchtesgaden und Ramsau wurde durch umgelegte Bäume gesperrt. Auch in der Gegend des Kochelsees richtete der Sturm schwere Verwüstungen an. Am Mondsee entstand durch den Sturm ein Waldbrand, dem Hochwald und viel geschlagenes Holz zum Opfer fielen. Der Sturm war zeitweise so stark, daß Züge an der Weiterfahrt gehindert wurden.

In Schlesien.

In Reichenbach ist u. a. an einem mehrstöckigen massiven Wohnhaus der ganze Dachstuhl losgerissen und in die dahinter fließende Peile geworfen worden. Eine Feldscheune mit dem gesamten Inhalt wurde fortgeführt und einem auf dem Hauptbahnhof in Reichenbach stehenden Güterzuge, der mit Brettern beladen war, die ganze Ladung entführt und weit ins Feld getragen. An verschiedenen großen Fabrikgebäuden wurde erheblicher Schaden angerichtet. In Königsfelde deckte der Sturm das Haus eines Stationsmonteurs zur Hälfte ab und verursachte an den Bahnanlagen gleichfalls erheblichen Schaden. Auch aus Neiße und Umgebung wird vielfach durch den Sturm angerichtetes Unheil gemeldet. Die großen Flachsscheuern der Naunsdorfer Flachswerke wurden vollständig abgedeckt. Aus Friedeberg am Queis wird Orkanschaden in der ganzen Isergebirgslandschaft gemeldet. Die Spitze des Rathausturmes wurde hier in einer Länge von vier bis fünf Metern abgerissen und durchschlug das Dach des Rathauses.

Kälteeinbruch im Schwarzwald.

Im Schwarzwald ist ein plötzlicher Kälteeinbruch erfolgt. In den Berglagen herrscht anhaltender Schneefall. Auf dem Feldberg war die Tagestemperatur — 2. Grad. Die Schneehöhe beträgt dort sieben Zentimeter.

Eisenbahnunglück infolge des Sturmes.

In Bregenz hat der Sturmwind den Frühzug der Linie Benzau—Bregenz aus den Gleisen geworfen, wobei sechs Wagen entgleisten. Zwei Reisende wurden leicht verletzt. Die elektrische Zuleitung der Arlbergbahn ist zwischen den Bahnhöfen Hintergasse und Dalaäs infolge Absturzes von Gesteinsmassen und Baumstämmen in einer Länge von 500 Metern herabgerissen und beschädigt worden. Der Zugverkehr ist unterbrochen. — Im Semmering- und Schneeberggebiet wüteten drei große Waldbrände, die enormen Schaden anrichteten. In allen drei Fällen mußte Militär eingreifen, um das Feuer einzudämmen.

Überschwemmungen in der Schweiz.

Infolge der heftigen Regengüsse der letzten Wochen auf dem Südfuß der Alpen, die noch durch einen Schirokko verstärkt wurden, sind im Kanton Tessin an verschiedenen Stellen große Überschwemmungen hervorgerufen worden. Am Sonntag ging bei Bellinzona der Tessin über die Ufer. Nördlich der Stadt stehen weite Felder und Wiesen unter Wasser. Ebenso trat der Tessin in der Nähe von Biasca über die Ufer. Auch der Lange See ist bei Locarno über den Kai hinausgetreten. Bei Lugano hat der gewaltige Südsturm die Ziegel von den Dächern geschleudert und in den Parks großen Schaden angerichtet. Der Kai wurde überschwemmt.

Ein gewaltiger Sturm raste durch das Rheintal. Fast kein Dach blieb unversehrt. Hunderte von Bäumen wurden entwurzelt, tausende andere haben schwere Beschädigungen erlitten. Der Sturm endete mit einem gewaltigem Regenwetter. Im unteren Tessintal erreichen die Regenmengen seit dem 1. November strichweise fast 600 Millimeter. Der diesjährige ist also einer der regenreichsten November seit langen Jahren. Die Pässe vom Gotthard bis zur Bernina haben viel Schnee erhalten. Am Simplon und am Gotthard beträgt die Neuschneedecke etwa einen Meter.

Schwere Schäden in der Tschechoslowakei.

Der drei Tage dauernde Sturm hat ungewöhnliche Stärke angenommen. Die elektrischen Bahnleitungen wurden zerrissen und dadurch der Verkehr der Schlesischen Landesbahn und der Ostrau—Karwiner Bahn bedroht. In Städten und Dörfern des Ostrauer Gebiets wurde großer Schaden angerichtet. Dächer wurden abgedeckt, Fensterscheiben eingedrückt und in Gärten und Wäldern Bäume entwurzelt. 22 Telephonleitungen wurden unterbrochen. In der Elektrizitätszentrale der Wilkowitzer Gruben warf der Sturm einen sechs Meter hohen Kühlturm um. Personen sind nicht verletzt worden.

Ministerzusammenkunft in Genf

Kompromiß in der Entwaffnungsfrage!

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, es werde jetzt in diplomatischen Kreisen allgemein zugegeben, daß die interalliierte Kontrollkommission am 6. Dezember, dem Tage des Zusammentritts des Völkerbundrates, aus Deutschland noch nicht zurückgezogen sein wird. Unter anderem, weil Berlin bis dahin die von Frankreich in der Entwaffnungsfrage gestellten detaillierten Forderungen gar nicht erfüllt haben könne. Doch verlaute, daß Dr. Stresemann am 5. Dezember in Genf mit Chamberlain und Briand zusammentreffen werde. Was die voraussichtlich schwierigen und langwierigen Verhandlungen über die Aufgaben der neu zu schaffenden Völkerbundkontrollkommission betreffe, so werde in britischen Kreisen erklärt, daß die britische Regierung niemals die Erklärung angenommen habe, daß besondere und ständige Kontrollorgane in der entmilitarisierten Rheinlandzone statt nur gelegentlicher Untersuchungen eingesetzt werden sollen. Die britische und die schwedische Delegation seien 1924 entschieden gegen einen solchen Gedanken gewesen und es bestehe kein Anlaß, anzunehmen, daß Holland als Nachfolger Schwedens eine andere Haltung einnehmen werde.

Der diplomatische Korrespondent des „Observer" betont, daß die britische Diplomatie bemüht sei, in der Entwaffnungsfrage alle Wortklaubereien über die Gleichberechtigung Deutschlands auszuschalten. Es sei jedoch schwierig, Frankreich zu überreden, in dieser Hinsicht vorwärts und nicht rückwärts zu sehen. Die französischen Diplomaten seien geneigt, zu antworten, daß Frankreich am besten wisse, was es für seine Sicherheit brauche. Frankreich habe einen Plan entworfen, der einen Unterschied zwischen dem Rheinland und dem übrigen Deutschland zu machen und dem Rheinlande ein besonderes Überwachungssystem aufzuerlegen suche. Deutschland sei gegen diesen Vorschlag, weil er eine Verletzung des Versailler Vertrages darstelle. Es bestehe jedoch die Hoffnung, daß Chamberlain ein Kompromiß vorschlagen werde, das die französischen Befürchtungen beseitigen und Deutschland Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. Wahrscheinlich würde auf der Dezembertagung des Völkerbundes nicht mehr erreicht werden, als ein Gedankenaustausch in dieser Frage.

*

Die sozialistische Vierländerkonferenz in Luxemburg faßte eine Resolution, in der es u. a. heißt: „Die wirkliche und dauernde deutsch-französische Annäherung, die für Festigung des Friedens unerläßlich sei, schließt notwendigerweise das Ende der militaristischen Besetzung deutschen Bodens ein."

Erkrankung des ehemaligen Kaisers.

Widersprechende Gerüchte.

Wie eine amerikanische Nachrichtenagentur zu melden weiß, ist der frühere Kaiser in Doorn seit einiger Tagen bettlägerig, nachdem er am Freitag bei einem Spaziergang von einem Unwohlsein befallen worden war. Obwohl von der Umgebung des Kaisers erklärt wird, daß es sich nur um eine unbedeutende Indisposition handele, erhält sich hartnäckig ein Gerücht, daß die Erkrankung ernster Natur sei.

Von der Generalvertretung des ehemaligen Königshauses in Berlin wird demgegenüber mitgeteilt, daß ihr von einer ernsthaften Erkrankung des Kaisers nicht das mindeste bekannt sei. Der Kaiser verspüre seit einigen Tagen lediglich leichte rheumatische Beschwerden, die aber sein Allgemeinbefinden nicht beeinträchtigen würden.

Ein spätes französisches Eingeständnis.

Paris, 22. November. In einem recht bemerkenswerten Artikel ihres Warschauer Korrespondenten stellt die „Bontonte" im Gegensatz zur Mehrheit der Pariser Presse fest, daß die Gemeindewahlen in Polnisch-Oberschlesien einen bedeutenden Sieg für Deutschland gebracht haben. Das Blatt bemerkt, daß nach der Ausweisung von über 100 000 Deutschen im Laufe der letzten Jahre die Polen, die wenig Glauben an ihren Erfolg gehabt hätten, alle Mittel anwandten, um ihren Wahlsieg zu sichern. Die Listen seien gefälscht, Lebensmittel verteilt und die Bevölkerung sogar durch Bombenattentate terrorisiert worden. Trotz dieser Anstrengungen sei aber der Wahlausfall unbestreitbar für den polnischen Staat ungünstig. Zum Schluß heißt es, daß die Behauptung, daß die Zahl der polnischen Mandate um ein vielfaches die deutschen Sitze übersteige, nicht stichhaltig sei, da die Stimmenzahl entscheide.

Prüfung der Kriegsschuldfrage beantragt.

Berlin, 22. November. Im Reichstag ist zu der am Dienstag beginnenden Auswärtigen Debatte ein Antrag sämtlicher bürgerlicher Parteien eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, in eine Prüfung der Frage einzutreten, wie weit die Satzungen des Völkerbundes und des ständigen Internationalen Gerichtshofes Möglichkeiten bieten, eine Prüfung der Kriegsschuldfrage durch diesen Gerichtshof zu erreichen.

Um den Fall Hölz. — Geständnis des Täters Widerruf des Hauptbelastungszeugen.

Berlin, 22. November. Der Amnestieausschuß in der Sache Hölz wird wegen Verhinderung einiger Ausschußmitglieder erst am Sonnabend den 27. November zusammentreten. Erich Friehe, der sich zu der Hölz zur Last gelegten Erschießung des Landwirtes Heß bekennt, hat jetzt an den Vorsitzenden des Ausschusses ein Schreiben gerichtet, in dem er sein Geständnis niederlegt und fordert, in der nächsten Sitzung endlich gehört zu werden. Desgleichen hat sich der frühere Hauptbelastungszeuge, der Schlosser Uebe, an den Ausschuß gewandt mit dem Ersuchen, die Abänderung, das heißt den Widerruf, seiner den Hölz belastenden Zeugenaussage entgegenzunehmen.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF